

Nur noch Erneuerbare schon 2035? Habecks Ökostrom-Finte geht schief

Welt, 06.04.2022, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus238029115/Osterpaket-Kanzler-Scholz-entlarvt-Habecks-Energiewende-Trick.html>

Ziemlich smart entlarvte Kanzler Olaf Scholz per Tweet den Trick seines Wirtschaftsministers Robert Habeck

Das Kabinett verabschiedet das größte Gesetzespaket zur Beschleunigung der Energiewende seit Jahren. Doch zentrale Vorgaben des Ökostrom-Ausbaus widersprechen dem Koalitionsvertrag. Habeck wollte Scholz offenbar überlisten.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist als Vollblutpolitiker gewieft genug, interne Kritik nach außen hin wie Zustimmung aussehen zu lassen. Diese Kunst bewies er nach der Vorlage des sogenannten Osterpakets durch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Mittwoch im Bundeskabinett.

Habeck hatte ein mehr als 500 Seiten starkes Maßnahmen-Bündel zur Abstimmung gebracht, mit dem die Energiewende massiv beschleunigt werden soll. Es handele sich um „die größte energiepolitische Novelle seit Jahrzehnten“, so die Beschreibung Habecks.

Die Reaktion des Regierungschefs auf dem Kurznachrichten-Dienst Twitter fiel doppeldeutig aus. Das Osterpaket sei „ein wichtiger Schritt in unserer Koalition“, schrieb Scholz. Doch ein zweiter Satz in seinem Tweet verheißt seinem grünen Ressortchef Habeck nichts Gutes. „Bis 2045 wollen wir ein klimaneutrales Industrieland sein“, betonte der Kanzler.

Was wie eine harmlose Erinnerung an den Koalitionsvertrag klingt, hat es in sich. Denn Habeck will in einem entscheidenden Punkt über den Koalitionsvertrag hinaus. In seiner Kabinettsvorlage heißt es, dass der Ausbau erneuerbarer Energien „auf ein völlig neues Niveau gehoben wird, damit die Stromversorgung in Deutschland bereits 2035 nahezu vollständig auf erneuerbare Energien beruht.“

Ökostrom-Vollversorgung jetzt schon 2035? Das war so nicht verabredet gewesen. Es war Scholz persönlich, der dieses von den Grünen gewünschte Ziel damals aus dem Koalitionsvertrag rausverhandelt hatte: Seither steht dort lediglich 2045 als Zieldatum einer allgemeinen Dekarbonisierung. Jetzt wollte Habeck das alte grüne Ökostrom-Sonderziel für 2035 der eigenen Koalition wie ein Kuckucksei im Osterpaket unterschieben.

Dass Scholz in seinem ersten Tweet einzig das Jahr „2045“ betont, zeigt, dass er den Trick bemerkt hat. Klimapolitiker der SPD-Fraktion wie Nina Scheer, die Habecks Ziele voll unterschreiben, müssen mit harten Auseinandersetzungen in der eigenen Fraktion rechnen.

Baldige Ökostromvollversorgung fraglich

Es spricht Bände, dass das Bundeskabinett das „Osterpaket“ am Ende nur mit einer Art Parlamentsvorbehalt verabschiedete: Es bestehe innerhalb der Bundesregierung Einvernehmen, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Frage des Zeitplans

der Klimaneutralität im Stromsektor – sowie einige weitere strittige Punkte etwa zur EEG-Umlage „vor dem Hintergrund der Festlegung des Koalitionsvertrags ergebnisoffen diskutiert werden.“

Jetzt soll also der Bundestag klären, worüber sich die Bundesregierung intern nicht einigen konnte. Der Streit könnte heftig ausfallen. Denn auch die FDP-Fraktion hat „große Probleme“ mit Habecks Osterpaket, insbesondere mit der baldigen Ökostrom-Vollversorgung.

„Das Ziel eines klimaneutralen Stromsystems bis 2035 wurde bereits in den Koalitionsverhandlungen verworfen, da die dafür notwendigen klimaneutralen Gaskraftwerke mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) in Deutschland ebenso ausgeschlossen sind wie die langfristige Nutzung der Kernenergie“, stellt Fraktionsvize Lukas Köhler fest: „Der heute vom Kabinett beschlossene Entwurf ist noch weit davon entfernt, im Bundestag eine Mehrheit zu finden.“

Den Liberalen passt auch nicht, dass der Bundeswirtschaftsminister den Ökostrom-Produzenten einfach neue Beihilfen verspricht, obwohl die womöglich gar nicht notwendig wären. So wird im neuen Erneuerbare Energien-Gesetz zwar die EEG-Umlage abgeschafft, was die Stromrechnung der Verbraucher um 3,7 Cent pro Kilowattstunde entlastet.

Doch zur Finanzierung der Wind- und Solarstrom-Produzenten will Habeck nun Steuergeld mobilisieren. Über sogenannte Differenzverträge oder „Contracts for Difference“ (CdD) sollen Ökostromer weiterhin über den eigentlichen Marktwert des Stroms hinaus zusätzlich vergütet werden.

Aus Sicht der FDP ist das ein voreiliges Subventionsversprechen. Schließlich stünden mit „Power Purchase Agreements“ (PPA) auch förderfreie Instrumente zur Verfügung, mit denen sich die Energiewende anschieben lässt, so FDP-Mann Köhler: „Wir haben in der Koalition vereinbart, marktwirtschaftliche und innovative Instrumente beim Erneuerbaren-Ausbau zu stärken statt neue Subventionsprogramme einzuführen.“

Trick durch die Hintertür

Das Bundeswirtschaftsministerium sieht neben der Klimakrise den Krieg in der Ukraine ein weiteres Motiv, den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen. „Die erneuerbaren Energien sind spätestens jetzt zu einer Frage der nationalen Sicherheit geworden“, heißt es dazu in der Kabinettsvorlage.

Entsprechend soll als „Herzstück“ in die neuen Energiegesetze ein Passus aufgenommen werden, demzufolge „die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient.“

Bereits im vergangenen Jahr hatten Umweltpolitiker versucht, diesen Passus ins Erneuerbare-Energien-Gesetz zu schreiben, waren aber gescheitert.

Kritiker hatten geltend gemacht, dass die einzigen ausbaufähigen „neuen Erneuerbaren“ Wind- und Solarkraft weniger als fünf Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs decken und deshalb kaum in den Rang eines öffentlichen Sicherheitsinteresses gehoben werden dürften. Rechtlich galt zudem als fragwürdig,

dass mit dem Privileg des „überragenden öffentlichen Interesses“ auch legitime Einwände gegen Ökostrom-Projekte vor Gericht a priori chancenlos werden.

Insgesamt enthält das Osterpaket Änderungen an mehr als fünf zentralen Energiegesetzen, darunter das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Windenergie-auf-See-Gesetz und das Energiewirtschaftsgesetz. Allgemein werden die Ausbauziele für erneuerbare Energien stark erhöht und Genehmigungsverfahren verschlankt.

Zahlreiche betroffene Wirtschafts-, Energie- und Umweltverbände forderten in ihren ersten Stellungnahmen Verbesserungen. Gefordert wurden etwa mehr Sicherheiten für bezahlbaren Industriestrom, eine stärkere Berücksichtigung der Versorgungssicherheit oder noch bessere Bedingungen für Solardach-Investoren und Offshore-Windparks.